



über  
Magistrat

und

Frau  
Stadtverordnetenvorsteherin Gabriel

an die Fraktionen

Der Oberbürgermeister

5. Juli 2018

**Novellierung Ballungsraumgesetz:**

**Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Regionalverband**

- Beschluss Nr. 0144 der Stadtverordnetenversammlung vom 30.03.17

(17-F-02-0010)

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0144 vom 30.03.17  
wurde der Magistrat gebeten zu berichten:

1. welche Pläne der Magistrat hat, um
  - a. die Belange der Landeshauptstadt Wiesbaden bei der Flächennutzungs- und Landschaftsplanung in der Metropolregion bzw. im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main zur Geltung zu bringen;
  - b. die kommunale Flächennutzungs- und Landschaftsplanung in der Metropolregion bzw. im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main aufeinander abzustimmen;
2. welche Vor- und Nachteile der Magistrat in einem Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main oder zu einem etwaigen Nachfolgeverband sieht bzw. wie er die Frage eines Beitritts der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main oder zu einem etwaigen Nachfolgeverband beurteilt;
3. welche Alternativen zu einem Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main der Magistrat auf Grundlage welcher Erwägungen sieht.

Nach dem Zwischenbericht vom 20. September 2017 zur Frage des Beitritts der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Regionalverband sowie möglicher Alternativen wird heute der Beschluss Nr. 0144 der Stadtverordnetenversammlung vom 30. März 2017 abschließend beantwortet.

**Zu 1a) und b), in Verbindung mit 2)**

Hierzu wird auf die Antwort des Dezernats für Stadtentwicklung und Bau zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 09. Februar 2018 verwiesen, der ich mich vollumfänglich anschließe.

Aufgrund der bestehenden bundes- wie landesrechtlichen Verpflichtungen im Kontext der räumlichen Planung stimmt die Landeshauptstadt Wiesbaden schon jetzt ihre Planungsvorhaben mit benachbarten Gemeinden und Kreisen sowie im Rahmen des Regionalplans mit der Regionalen Planungsversammlung Südhessen ab. Es gibt keinen Grund von dieser Praxis in Zukunft abzuweichen.

Wie in der Antwort von Herrn Stadtrat Kessler dargestellt, würde sich die Landeshauptstadt Wiesbaden durch einen Beitritt zum Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main nicht besser, sondern sogar schlechter stellen, da selbst bei kleinteiligen Planänderungen eine doppelte Beschlussfassung mit der Regionalversammlung der Planungsregion Südhessen und der Verbandskammer des Regionalverbandes notwendig wäre. Die vermischten Zuständigkeiten beider Gremien würden weitere Erschwernisse produzieren und so ohne Not unsere kommunale Planungshoheit an Dritte abgeben, ohne unsere Möglichkeiten der Kooperation mit angrenzenden Kommunen und Kreisen und schon gar nicht mit der gesamten Metropolregion in irgendeiner Form zu verbessern.

Ein Beitritt der Landeshauptstadt Wiesbaden zum Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main ist daher klar abzulehnen.

**Zu 3)**

Seit meinem letzten Bericht vom 20. September 2017 zu diesem Thema hat das Amt für Statistik und Stadtforschung in meinem Auftrag einen intensiven Blick auf die bestehenden Metropolregionen in Deutschland geworfen und zur zentralen Frage, was diese ggf. erfolgreich macht, mehrere Gespräche in den drei Metropolregionen Stuttgart, Nürnberg und Rhein-Neckar geführt.

Als wesentliche Erkenntnis aus diesen Gesprächen bleibt der Fakt, dass es eines kontinuierlichen Austauschs zwischen Kommunen und Kreisen einer Metropolregion zu existierenden Herausforderungen und möglichen Kooperationsansätzen sowie einer starken Fürsprache aus der regionalen Wirtschaft bedarf, um in einer Metropolregion zu einer konstruktiven Kooperation zu kommen. Einzelinitiativen ohne Dialog und Austausch sind weder wünschenswert noch zielführend. Eine erfolgreiche Metropolregion sollte deshalb allen engagierten Akteuren diesen Austausch ermöglichen und somit auch „von unten“ gelebt werden. Hierfür braucht es einen passenden Rahmen.

Ob die Aktivitäten der Landesregierung im Kontext der Novellierung des Metropolgesetzes und des maßgeblich durch die IHKen Frankfurt und Darmstadt vorangetriebenen Strategieforums diesen Rahmen in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main perspektivisch zu schaffen vermögen, ist mit einiger Skepsis zu sehen. Nach allem was in der Zwischenzeit, z. B. am Tag der Metropolregion oder in der Anhörung zur Novellierung des Metropolgesetzes, zu erfahren war, ist dies auch nicht die primäre Intention der beteiligten Akteure. Der Fokus liegt hier primär auf selektiven (Wirtschafts)Themen sowie auf personell selektiven Abstimmungsprozessen.

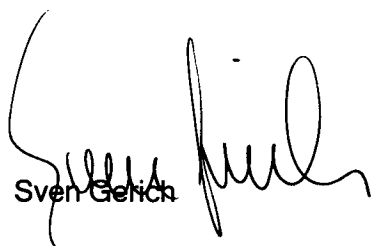
Der Landeshauptstadt Wiesbaden wird es jedoch ebenso wenig im Alleingang gelingen, einen konstruktiveren Rahmen für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zu schaffen. Es ist jedoch möglich, Lehren aus den Erfahrungen anderer Metropolregionen und den dort engagierten Akteuren zu ziehen und auf dieser Grundlage in der Region voranzugehen.

Die Alternative zum Beitritt zum Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main kann daher nur darin bestehen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden Ihre vorhandenen themenbezogenen Kooperationen im eigenen Nahraum nicht nur systematisch fortsetzt, sondern in Zukunft noch intensiviert. Dies beginnt bei den bestehenden Abstimmungen und Kooperationen mit der Stadt Mainz und ist auszuweiten auf Akteure aus dem Rheingau-Taunus- und Main-Taunus-Kreis, den Kreisen Mainz- Bingen und Alzey-Worms sowie den dort aktiven Wirtschaftskammern, allen voran die Industrie- und Handelskammern von Wiesbaden und Rheinhessen. Zu entsprechenden Kooperationsperspektiven habe ich mich bereits mit Vertretern der IHK Wiesbaden ausgetauscht.

Erstes Ziel ist es, im westlichen Teil der Metropolregion die regionale Abstimmung und Kooperation „im Kleinen“ auszubauen, indem ein regelmäßiger Austausch zu gemeinsamen, thematischen Vorhaben begonnen wird. Damit ist die Erwartung verbunden, dass dieser Austausch zu einer gemeinsamen Initiative führt, in der mit weiteren Akteuren ein strategischer Dialog zu existierenden Herausforderungen und thematischen Lösungsansätzen geführt werden kann. So kann, als zweites Ziel, mittelfristig ein breiter Austausch engagierter Akteure der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main geschaffen werden, wie er auch in anderen Regionen bereits existiert.

All dies ist möglich, ohne dass sich die Landeshauptstadt Wiesbaden gegen bestehende Initiativen und Projekte in der Metropolregion positionieren müsste. Denn mehr Austausch und Kooperation in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main wird sicherlich auch für diese positiv sein.

Ich bin der Überzeugung, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden hier vorangehen sollte, auch wenn es bis zu den ersten konkreten Ergebnissen Zeit brauchen wird. Die Chancen für eine produktivere regionale Kooperation in strategischen Fragen sind so allerdings höher, als sie beim symbolischen Beitritt zum Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main je sein könnten. Das zeigen auch die Beispiele aus anderen Metropolregionen.

  
Sven Gerich